



Rede im Deutschen Bundestag

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

**anlässlich der 1. Lesung
zum Restrukturierungsgesetz**

am Freitag, dem 1. Oktober 2010

Hartmut Koschyk, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns darüber einig, dass eine zentrale Lehre aus der Finanzmarktkrise die stärkere, vor allem aber die effizientere Regelung der Finanzmärkte sein muss. Dafür hat die Bundesregierung auf internationaler Ebene - beim IWF, bei den G 20 und auf europäischer Ebene - ein Bündel von Regulierungsmaßnahmen maßgeblich vorangebracht, die natürlich national umgesetzt werden müssen.

Wir alle wissen: Dazu gehört auf der einen Seite, dass wir die Eigenkapitalausstattung der Banken verbessern. Die geringe Eigenkapitalausstattung der Banken war ein Grund für die Krise. Die Bemühungen im Basler Ausschuss dienen dem Ziel, die Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Es muss aber auch darum gehen, sogenannte systemrelevante Finanzinstitute überhaupt nicht in Schieflagen geraten zu lassen. Die Problematik, um die es hier geht, wird in der Fachwelt als Moral Hazard bezeichnet. Das heißt nicht anderes, als dass der Staat mit seiner Regulierung dafür sorgen muss, dass systemrelevante Banken nicht in die Versuchung geführt werden, höhere Risiken, als sie verantworten können, einzugehen, weil sie sich ihrer Rettung durch den Staat sicher sein können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dem dient der Gesetzentwurf, der in einer guten Partnerschaft zwischen dem Justizministerium und dem Finanzministerium entwickelt wurde. Er stärkt die Eigenverantwortung der Banken, er schützt so den deutschen Finanzsektor mit maßgeschneiderten Instrumenten zur Reorganisation und Restrukturierung vor bedrohlichen Dominoeffekten, und er sorgt dann, wenn es zu einer Krise kommt, für einen besseren Schutz

unserer Steuerzahler, indem er den Bankensektor an den Kosten künftiger Krisen beteiligt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Finanzkrise hat klargemacht, dass die bisherigen Reorganisations- und Insolvenzverfahren vieler Länder - auch in Deutschland - für die Sanierung systemrelevanter Banken verbessert werden müssen. Diese Verfahren zielten in der Regel darauf ab, im Falle einer Schieflage den Geschäftsbetrieb einzufrieren und die Vertragsbeziehungen zu anderen Finanzmarktteilnehmern zu unterbrechen. Bei systemrelevanten, auch international vernetzten Banken ist aber eine solche Vorgehensweise - das hat die Krise deutlich gemacht - ungeeignet. Denn das Einfrieren des Geschäftsbetriebs und die Unterbrechung der Vertragsbeziehungen einer großen national und international stark vernetzten Bank kann eine Vertrauenskrise unter den Banken auslösen und zu einer Gefahr für das gesamte Finanzsystem führen; das haben wir in der Finanzmarktkrise erlebt. Ich darf nur an die Insolvenz der international stark vernetzten Bank Lehman Brothers erinnern, die zu einem zeitweiligen Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte führte.

Wir führen deshalb mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein intelligentes Regime zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von systemrelevanten Banken in Deutschland ein. Es geht darum, dass Banken ihre finanziellen Schwierigkeiten in Zukunft nicht mehr aus Furcht vor Marktreaktionen verdecken können; denn gerade in der Frühphase der Gefährdung eines Instituts bestehen oftmals noch die besten Chancen, die beginnende Schieflage mit einem relativ geringen Aufwand zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hier setzt unser Gesetzentwurf an. Er sieht ein mehrstufiges Verfahren vor, mit dem Schieflagen durch frühes und entschiedenes Eingreifen auf der Ebene der Geschäftsführung bewältigt werden können. Im sogenannten Sanierungsverfahren, das allen Banken offensteht, wird eine breite Palette von Handlungsoptionen eröffnet. Hier sind zunächst noch keine Eingriffe in Drittrechte vorgesehen.

Im Ernstfall greift dann aber bei systemrelevanten Kreditinstituten das sogenannte Reorganisationsverfahren, um Gefahren für die Stabilität des Systems abzuwehren. Das Reorganisationsverfahren orientiert sich dabei an bereits existierenden und bewährten Insolvenzplanverfahren. Sind die Beteiligten nicht bereit, aktiv an einer Reorganisation des Instituts mitzuwirken, oder erscheint ein Reorganisationsverfahren nicht aussichtsreich, dann kann die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sofort ein aufsichtsrechtliches Eingriffsverfahren einleiten.

Mit diesem Regime führen wir ein Instrument ein, das Schieflagen von Instituten in Zukunft verhindern soll. Die Entscheidung, ob eine Bank in eine Schieflage gerät und ob diese Bank systemrelevant ist, wird in Zukunft nicht mehr die Bank selber, sondern die Bankenaufsicht treffen. Natürlich schließen sich die beiden von mir aufgezeigten Verfahren nicht aus. Voraussetzung ist also, dass die in Schwierigkeiten geratene Bank national oder international vernetzt ist. Dann kann der Staat eingreifen und, wenn es keinen anderen Ausweg gibt, Maßnahmen anordnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Verfahren ist das eine. Aber wir brauchen auch Krisenreaktionsmöglichkeiten. Deshalb werden wir einen sogenannten Restrukturierungsfonds schaffen, an den alle Institute eine Sonderabgabe entrichten müssen, um im Falle der Krise nicht automatisch wieder den Steuerzahler zur Kasse zu bitten. Da werden wir sehr vernünftig vorgehen. Das heißt, wir werden in einer noch vorzulegenden Verordnung Parameter entwickeln, die wir in das Verfahren einführen werden. Selbstverständlich wird es so sein, dass die Abgabe risikoadjustiert ist: Desto höher die Risiken bei einem Institut sind, desto höher ist auch die Abgabe, die eine Bank zu leisten hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will hier ankündigen, dass wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen anstreben, im parlamentarischen Verfahren des vorliegenden Gesetzentwurfes eine Regelung zu finden, die die Kappung variabler Gehaltsbestandteile bei gestützten Banken ermöglicht. Das ist ein wichtiges Thema, wie die Diskussion der letzten Tage gezeigt hat. Das Justizministerium und das Finanzministerium werden gemeinsam mit den Bundestagsfraktionen das laufende Gesetzgebungsverfahren nutzen, um hier zu vernünftigen, aber auch rechtssicheren Lösungen zu kommen.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass der Entwurf eine Verlängerung der Verjährungsfrist von fünf auf zehn Jahre für die Haftung der Organe von Aktiengesellschaften bei Pflichtverletzungen vorsieht. Dadurch können Ersatzansprüche auch dann noch durchgesetzt werden, wenn sie spät bekannt werden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf legen wir einen wichtigen Mosaikstein für ein Gesamtkunstwerk neu greifender, besserer und effizienterer Regelungen für unsere Finanzmärkte vor.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)